



**CDU** REGIONALRAT  
KÖLN



# REGIONALRATS- REPORT

**Ausgabe 47**

**Quarzkies: Auf die Zielgerade eingebogen**

## Regionalrat stimmt für Witterschlick-Süd

Der Regionalrat Köln hat in seiner Sitzung am 16. Dezember 2011 mit fraktionsübergreifender Mehrheit für die alleinige Ausweisung und Erweiterung des Standorts Witterschlick-Süd zum Abbau von hochreinem weißen Quarzkies gestimmt und damit die Beschlussvorlage der Bezirksregierung nur in Teilen übernommen. Die Vorlage sah zusätzlich den Standort Flerzheim-Nord vor, der nun ebenso wie die Standorte Sonnenhof/Riedmaar und Weilerswist-Nord nicht mehr weiter verfolgt werden und für eine Erweiterung derzeit nicht mehr in Frage kommen.

Das Verfahren ist mit dem getroffenen Beschluss an einem Wendepunkt angelangt, indem sich alle Fraktionen auf einen gemeinsamen Weg und in eine Richtung begeben haben. „Wir sind nun alle gemeinsam auf der Zielgeraden und zuversichtlich, eine rechtssichere Lösung zu finden. Das wichtigste, vor allem für die Bürger vor Ort ist, dass Flerzheim-Nord aus dem Verfahren genommen wurde“, resümiert Brigitte Donie.

Die CDU-Fraktion hatte sich verstärkt dafür eingesetzt, Flerzheim-Nord aus dem Verfahren zu nehmen, da sie den Wert des Schutzguts Mensch höher bewertet als es die Bezirksregierung getan hat.

Um etwaigen Prognoseunsicherheiten bezüglich der langfristigen Rohstoffversorgung zu begegnen,

wurde ebenfalls ein Monitoring beschlossen, welches die fortlaufende Richtigkeit der prognostizierten Abgrabungsmenge regelmäßig zu kontrollieren und ggf. anzupassen hat. Die Regionalplanungsbehörde wurde beauftragt, alle drei Jahre die Darstellung der Abgrabungsstätte und den Rohstoffbedarf zu überprüfen. Zudem soll auch die Überwachung der Auswirkungen auf das Grundwasser im Bereich der Wasserwerke Heimerzheim und Heidgen im Monitoringprozess mit aufgenommen werden.

CDU-Fraktionsvorsitzender Stefan Götz zeigt sich mit dem Ergebnis zufrieden. „Die unendliche Geschichte Quarzkies scheint nun doch ein gutes Ende zu finden. Der gefasste Beschluss bewirkt einen an der Sache orientierten Interessensausgleich aller Beteiligten. Die Bezirksregierung hat bis zur Märzsitzung ausreichend Zeit, einen rechtssicheren Aufstellungsbeschluss auf Basis unseres Antrags vorzulegen.“

Es folgt jetzt eine erneute, aber verkürzte Offenlage von einem Monat, in der sich die von der Änderung betroffenen Beteiligten äußern können. In der Regionalratssitzung am 23. März 2012 soll dann der endgültige Aufstellungsbeschluss erfolgen, der das seit 2004 im Regionalrat laufende Verfahren zu einem Abschluss bringt.

Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,



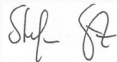
Stuttgart 21 steht nicht nur für die Forderung nach anderen Formen der Bürgerbeteiligung, sondern leider auch für viel zu lange Planungs- und Entwicklungsprozesse in Deutschland.

Auch mit Blick auf die im Regionalrat beratenen Verfahren dauert die Bearbeitung bei der Bezirksregierung viel zu lange. In 2011 konnten keine abschließenden Beschlüsse bspw. zum seit 2003 laufenden Verfahren Phantasialand, Quarzkies (2004) oder dem Kraftwerksneubau (2004) am Standort Niederaußem gefasst werden.

Diese Prozesse müssen dringend beschleunigt und Bürger von Anfang an beteiligt werden.

Ich wünsche uns daher für 2012, dass wir die genannten Verfahren zum Abschluss bringen und neue Projekte, wie das Wasserspeicherkraftwerk am Rursee, zügig mit den Bürgern zusammen voran bringen können.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen schöne und erholsame Weihnachtsferien und einen guten Start ins Jahr 2012.

Ihr  
  
Stefan Götz

### Themen dieser Ausgabe

- Seite 1: Vorwort  
Quarzkies
- Seite 2: Wasserspeicherkraftwerk  
Anfrage BoAplus
- Seite 3: terra nove, Termine
- Seite 4: Befahrung A4n

## Energiewende: Regionalrat leitet Verfahren für Wasserspeicherkraftwerk am Rursee ein Kraftwerk kann 490.000 Menschen mit Strom versorgen

Das deutsche Stromversorgungssystem steht vor einem großen Wandel. Die Energiewende ist beschlossene Sache. Erneuerbare Energien werden in der zukünftigen Stromversorgung eine tragende Säule einnehmen und bis 2020 bereits 35% der Stromversorgung sicherstellen. 2050 sollen es bereits 80% sein.

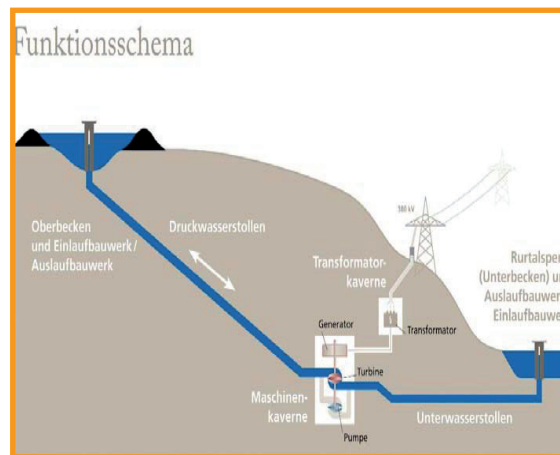
Eine große Herausforderung wird sein, die Schwankungen der Energieerzeugung beispielsweise in sonnen- oder windarmen Phasen durch Energiespeicher ausgleichen zu können. Ein Instrument der Energiespeicherung sind Wasser-Pumpspeicherkraftwerke, die einen Wirkungsgrad von annähernd 80% vorweisen können und die sich als bisher einzige Option großtechnisch bewährt haben. „Die Stromspeicherung durch die Fließkraft des Wassers wird eine wichtige Technologie zum Ausgleich der Volatilität im Bereich der erneuerbaren Energien sein. Der Neu- und Ausbau von Speicherkraftwerken sollte politisch unterstützt und

vorangetrieben werden“, findet Regionalratsvorsitzender Rainer Deppe.

Die Funktionsweise der von Wasserspeicherkraftwerken ist denkbar einfach. In Zeiten des Stromüberschusses wird Wasser aus einem Vorratsbecken in ein mindestens 150 m

typischerweise 2.500-mal im Jahr.

Die Firma Trianel GmbH (ein Zusammenschluss aus über 35 Stadtwerken) beabsichtigt im Bereich der Rurtalsperre in der Eifel den Bau eines Wasserspeicherkraftwerks. Das dafür zu installierende Oberbecken (siehe Abb.) umfasst eine Flächeninanspruchnahme von 80ha und muss aufgrund der raumbedeutsamen Planung im Regionalplan zeichnerisch dargestellt werden. Der Regionalrat hat dazu in seiner Sitzung am 16. Dezember 2011 den Beschluss zur Durchführung des Erarbeitungsverfahrens gefasst. „Derzeit gibt es deutlich zu wenig Speicherkapazität. Ich sehe es als Aufgabe der Politik an, Planung und Bau von Wasserspeicherkraftwerken in NRW zu ermöglichen und somit die langfristige Stromversorgung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen“, so Deppe.



höher Gelegenes Becken gepumpt. Wenn die Stromnachfrage im Netz die augenblicklich erzeugte Menge übersteigt, wird das Wasser wieder abgelassen und treibt dabei Turbinen an. (Vgl. Abb.) Dies geschieht

Das geplante Kraftwerk könnte ab 2019 den Jahresstrombedarf von 490.000 Menschen sichern.

## BoAplus: CDU-Fraktion stellt kritische Anfrage im Regionalrat

### Flächen frühzeitig zurücknehmen und Kaltreserve verhindern

Die Planungen von RWE, am Standort Niederaußem mit BoAplus ein weiteres Kraftwerk zu bauen, werfen nicht nur den Bau selbst betreffend weitere Fragen auf. In der Regionalratssitzung am 16. Dezember 2011 stellte die CDU-Fraktion gemeinsam mit der Fraktion Bündnis90/Die Grünen eine Anfrage bezüglich der zukünftigen Nutzung der durch den Abriss alter Kraftwerke freiwerdenden Flächen in Niederaußem. Ziel

der Anfrage ist es zu klären, inwieweit die freiwerdenden Flächen planerisch als (Teil-)Ausgleich für den Bau von BoAplus am Standort Niederaußem zurückgenommen werden können. RWE hatte zugesagt, in Niederaußem die beiden 150MW-Kraftwerke bis Ende 2012 endgültig stillzulegen. RWE handelt damit vor allem im Interesse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, die täglich im Umfeld der Kraftwerke leben.

Der zweite Teil der Anfrage nimmt das von RWE vorgetragene integrierte Feuerungskonzept mit der Option für den Biomasseneinsatz ins Visier. Diesbezüglich wollen die Fraktionen wissen, welche Biomasse konkret verbrannt werden soll, woher diese bezogen wird und mit welcher zusätzlichen Verkehrsbelastung auf welchen Transportwegen dadurch zu rechnen ist.

Regionale 2010: Regionalrat macht Weg frei für das Projekt :terra nova

## Energietechnologische Unternehmen sollen kommen

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 16. Dezember 2011 einstimmig den Aufstellungsbeschluss zum Regionale 2010-Projekt :terra nova verabschiedet. Eine Fläche von 20ha, gelegen zwischen den Städten Bedburg, Bergheim und Elsdorf (Vgl. Abb.), steht zukünftig einer zweckgebundenen Gewerbe- und Industrieansiedlung zur Verfügung. Ursprünglich war das Gebiet im Landesentwicklungsplan für flächenintensive Großvorhaben ausgewiesen.

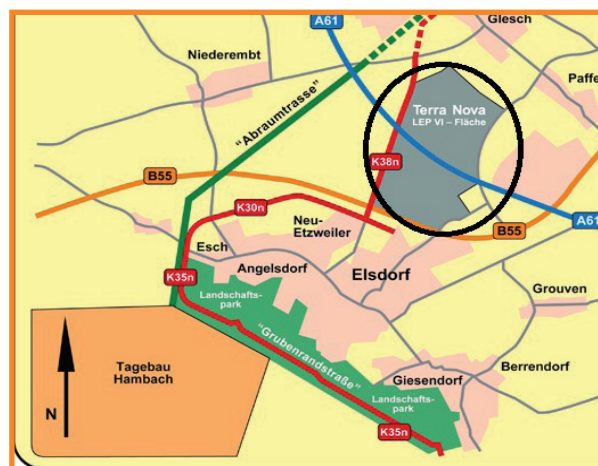
Ziel des Projekts :terra nova ist unter anderem, die vom Tagebau geprägte Region im Rhein-Erft-Kreis einem zukunftssträchtigen Wandel zu unterziehen. So sollen die Flächen

verstärkt modernen energietechnischen Nutzungen zugeführt und energietechnologische Unternehmen angelockt werden.

Neben der 20ha großen Fläche für das zweckgebundene Gewerbegebiet ist nördlich angrenzend eine 70ha große Fläche für Forschungsfelder geplant die sich vorwiegend den nachwachsenden Rohstoffen widmet.

In Zukunft wird eine auf Energie(land)wirtschaft ausgerichtete Forschungs- und Entwicklungsland-

schaft entstehen. Einen ersten Impuls liefert eine innovative Biogasanlage, die am Rande der Fläche errichtet wird.



Ansiedlung agroindustrieller Großbetriebe ein Thema für den Regionalrat?

## Bundesgesetzgebung soll geändert werden

Bundesweit, verstärkt auch in NRW, kommt es immer häufiger zur Ansiedlung agroindustrieller Großbetriebe. Die zentrale Steuerung dieser Ansiedlungen wird derzeit bundesweit kontrovers diskutiert. Für die Steuerung wäre eine Änderung in der Bundesgesetzgebung notwendig. Viele Städte und Gemeinden betrachten agroindustrielle Großbetriebe mit einer gewissen Sorge. Das Ausmaß der Ansiedlungen hat teilweise das Niveau einer industriellen Landwirtschaft erreicht und hat wegen seiner Produktionsintensivität auch weitreichende Auswirkungen über Gemeindegrenzen hinweg.

Bisher werden die Genehmigungen solcher Anlagen immer nur nach Einzelfallprüfungen ausgesprochen.

Eine übergeordnete Abstimmung und Einbeziehung bereits bestehender Großanlagen findet nicht statt. Das hat zur Folge, dass in der Summe der jeweiligen Einzelbelastung durch die Betriebe die Umweltbelastung überproportional ansteigt. Die von den negativen Auswirkungen wie z.B. Geruchsbelästigungen betroffenen Nachbargemeinden, haben in der Regel wenig Einflussmöglichkeit auf die Ansiedlung solcher Betriebe.

Problematisch erscheint vor allem, dass die agroindustriellen Großbetriebe teilweise politisch gewollt sind und einige Gemeinden sogar eigens dafür zu verwendende Konzentrationszonen ausweisen.

Es bleibt abzuwarten, ob die Regio-

nalräte im Falle eine Bundesgesetzänderung planerische Kompetenzen bei der Ansiedlung agroindustrieller Großbetriebe übernehmen sollen und an welche konkreten Steuerungselemente dabei gedacht wird.

### Termine der Fraktion

**Verkehrskommission:**  
Freitag, 02. März 2012

**Ältestenrat:**  
Freitag, 16. März 2012

**Regionalratssitzung:**  
Freitag, 23. März 2012

**Soko Regionale 2010:**  
Freitag, 20. April 2012

## Unterkommission Ville-Eifel: Befahrung der Baumaßnahme Verlegung A4

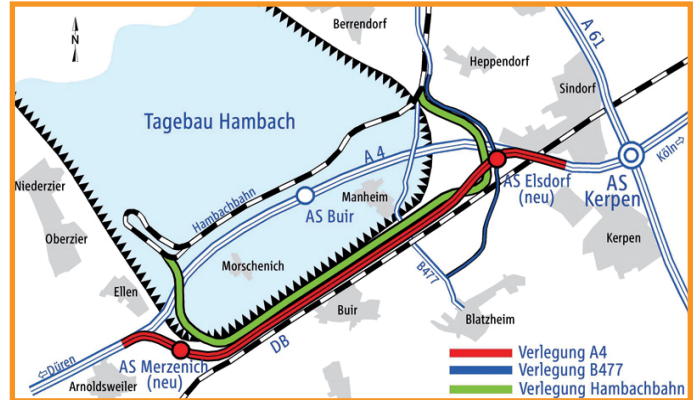
### Neuer Streckenabschnitt soll 2014 in Betrieb genommen werden

Mitglieder der Unterkommission Ville-Eifel nahmen am 16.11.2011 im Anschluss an die Kommissionssitzung an einer Befahrung der Baumaßnahme „Verlegung der A4 und der Hambachbahn“ teil. Die Hambachbahn ist eine werkseigene Eisenbahn von RWE zur Versorgung der Kraftwerke mit heimischer Braunkohle. Jährlich werden über diesen Weg ca. 40 Millionen Tonnen Braunkohle transportiert.

Die Verlegung der beiden Strecken ist durch den südlichen Ausbau des von RWE betriebenen Braunkohleabbaus Hambach notwendig geworden, in dessen Zuge auch die Ortschaften Morschenich und Manheim umgesiedelt werden.

Der Tagebau Hambach liegt zwischen Jülich im Kreis Düren und Elsdorf im Rhein-Erft-Kreis. Planungsbeginn dieser Maßnahme war bereits 1989. Der Linienbestimmung 2001 folgte 2008 der Baubeginn. 2014 sollen die neuen Streckenabschnitte in Betrieb genommen werden. Beteiligte von RWE und Straßen.NRW stellten den Kommissionsmitgliedern die Projekte vor und klärten über den aktuellen Stand der Baumaßnahmen auf. Anschließend konnten sich die Kommissionsmitglieder bei einer Befahrung der Baustelle vor Ort einen persönlichen Eindruck machen. Ein Teil der Befahrung führte dabei über den neuen Abschnitt der A4.

Zukünftig werden die Hambachbahn, die Autobahn A4 sowie die Bahnstrecke Köln-Aachen über 8km hinweg zwischen der Anschlussstelle Merzenich und der Anschlussstelle Elsdorf parallel verlaufen (Vgl. Abb.). Allein die Kosten der Verlegung der A4, die im Zuge der Bau-



maßnahme auf sechs Streifen ausgebaut wird, belaufen sich auf ca. 153 Millionen Euro. Die Verlegung der Hambachbahn kostet etwa 113 Millionen Euro.



Aktuell werden die Schienen für die neue Strecke der Hambachbahn verlegt.



## IMPRESSUM

Vorsitzender:

**Stefan Götz, (verantwortlich)**  
Stadt Köln

stellv. Vorsitzender:

**Heidi-Rackwitz Zimmermann**  
Rhein-Sieg Kreis

Vorsitzender des Regionalrats:

**Rainer Deppe, MdL**  
Rheinisch-Bergischer Kreis

Beisitzer:

**Dieter Heuel**  
(Vorsitzender der Verkehrskommission)  
Rhein-Sieg-Kreis

**Franz-Michael Jansen**  
(Stellv. Vorsitzender der Kommission für Regionplanung und Strukturfragen)  
Kreis Heinsberg

Fraktionsgeschäftsstelle:

**Sebastian Knauff**  
Fraktionsgeschäftsführer  
Zeughausstraße 2-10  
50667 Köln

Tel: 02 21 / 139 54 46  
Fax: 02 21 / 139 54 51

E- Mail:  
info@cdu-regionalrat-koeln.de  
Internet:  
www.cdu-regionalrat-koeln.de